

Maximen für die Zukunft

Wenig Wachstum, kaum neue Gewerbeansiedlung: Das ist der Kern der „Leitlinien zur Ortsentwicklung“, die für die Gemeinde Planegg nun gelten sollen

Planegg – Auch in den nächsten 20 Jahren soll Planegg eine attraktive und lebenswerte grüne Würmtal-Gemeinde bleiben – mit nur wenig Wachstum, was die Einwohnerzahl und das heimische Gewerbe betrifft. Das sind die Hauptaussagen der „Leitlinien zur Ortsentwicklung“, die Planeggs Bürgermeister Heinrich Hofmann (SPD) am Dienstagabend rund 150 Bürgern im Kupferhaus vorstellte. Die Leitlinien, weitestgehend hervorgegangen aus einem Gutachten von 55 nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgern, werden für die kommenden zwei Jahrzehnte die Grundlage für den nächsten Flächennutzungsplan der Gemeinde darstellen.

Professor Hilmar Sturm von der Münchner Gesellschaft für Bürgergutachten, der die Leitlinien zusammen mit dem Bürgermeister und der Planungschefin im Rathaus, Ursula Janson, vorstellte, betonte: Derartig aufwendige Untersuchungen – es wurden rund 65 000 Euro investiert – seien für eine Gemeinde von der Größenordnung Planeggs eher die Ausnahme.

Für das Bürgergutachten debattierten 55 zufällig ausgewählte Planegger

Dadurch werde aber die hohe Bedeutung der Gemeinde im Speckgürtel der Millionenstadt München betont. Man habe die 55 Bürger eigens nach dem Zufallsprinzip ausgewählt, um ein breites, demokratisch legitimes Spektrum zu haben.

Fast eine Woche lang haben die Bürger vor drei Jahren täglich zusammengesessen und unter fachkundiger Leitung alle denkbaren Entwicklungsszenarien ihrer Gemeinde beleuchtet und bewertet. Der Gemeinderat hat die mehrfach überarbeiteten Ergebnisse schließlich mit großer Mehrheit kürzlich gebilligt. Die Ergebnisse sind sehr deutlich: Beim Wohnen kann man sich nur ein „moderates Wachstum“

in der Größenordnung von 0,5 bis 1,0 Prozent an Bevölkerungszuwachs pro Jahr vorstellen. Dies soll durch Nachverdichtung geschehen; der Charakter des Ortes darf dadurch aber nicht verändert werden. Allein für den Fall, dass eine Nachverdichtung nicht möglich ist, sei an eine „behutsame Ortsabrundung“ zu denken – eine Formulierung, die vor allem bei den Grünen zu Protesten führte.

Ursula Janson betonte, zwischen 1998 und 2010 habe es in Planegg keinerlei Wachstum gegeben. Nicht anders beim Gewerbe: Auch hier setzt man auf die vorhandenen Standorte mit vorsichtiger Erweiterung,

etwa auf dem Campus. Zudem sollten die ortsansässigen Betriebe unbedingt gehalten werden. Neues Gewerbe soll nur entstehen, wenn „eine Nachverdichtung nicht machbar ist“. Beim Thema Umwelt und Verkehr sind die Prioritäten klar: Naherholung soll gestärkt werden, Planegg und Martinsried durch einen Grünzug verbunden werden, die Würmufer erhalten bleiben. Es sollen „Langsamverkehrs-Zonen“ für Radfahrer und Fußgänger angeordnet werden.

Viel Hoffnung knüpft man an die geplante U-Bahnverlängerung nach Martinsried und die Teilumfahrung von Martinsried.

Kinder- und Seniorentauglichkeit des öffentlichen Raums soll Vorrang haben. Bei den Finanzen wird hoher Wert auf Schuldenfreiheit gelegt.

Die Aussprache mit den Zuhörern verlief ruhig und ohne große Emotionen. Grundsätzliche Kritik kam vom früheren Gemeinderat Ulrich Essig, der die Formulierungen zum Wohnen und Gewerbe als „relativ freundlich“ bezeichnete: „Da denkt man dann schon an die Ideologie, dass Wachstum immer gut ist.“ Er hätte sich „klarere Aussagen“ gewünscht. Robin Düll aus Martinsried meinte, von seiner anfänglichen Begeisterung sei am Schluss we-

nig geblieben. Er kritisierte, ähnlich wie eine andere Bürgerin, dass eine Umgehungsstraße hinter den Garagen an der Röntgenstraße „zu keinem Zusammengehörigkeitsgefühl“ zwischen Martinsried und Planegg führe. Mehrere Bürger lobten zwar die Leitlinien, äußerten sich aber sehr kritisch zum ausufernden Verkehr in der Gemeinde – vor allem auf den Achsen Germeringer Straße und Pasinger Straße.

Der Bürgermeister zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis des vier Jahre andauernden Prozesses: „Wir haben jetzt eine Grundlage, mit der wir behutsam in die Zukunft gehen können.“ **RAINER RUTZ**



Alles soll so bleiben, wie es ist: Die Planegger wollen den Charakter ihres Ortes, wie hier am Bahnhof, weitgehend erhalten.

FOTO: ALESSANDRA SCHELLNEGER

KOMMENTAR

Gemächliche Gemeinde

„Alles für die Katz“, hatten die Gemeinderäte der Gruppe 21/Grüne in der Gemeinde Planegg im Vorfeld geunkt – und auf einer Veranstaltung gegen bestimmte Formulierungen im Text für die Leitlinien zum Wohnungsbau und zur Zukunft des Gewerbes geschimpft. Die vielen Zuhörer im Kupferhaus bei der Vorstellung der Leitlinien sahen das offenbar ganz anders.

Nur einmal wurde Kritik laut, die jedoch sachlich und ruhig vorgetragen wurde. In der Tat kann man die Leitlinien der Gemeinde Planegg aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten. Zum einen wird hier festgemacht, dass ein bestimmtes Wachstum in Planegg nicht überschritten werden soll. Im Grunde soll alles so bleiben, wie es ist: Hier ein paar neue Wohnungen, dort ein neuer Gewerbebetrieb. Alles schön überschaubar.

Ob eine solche Grundhaltung wirklich den vielen Wohnungssuchenden im Großraum München dient, darf man an-

zweifeln. Seit Jahren fordern die Staatsregierung und die Landeshauptstadt München die Umland-Gemeinden aus gutem Grund immer wieder auf, Geschosswohnungsbau zu fördern, um die Kernstadt zu entlasten und das Mietniveau erträglich zu halten.

Doch die Planegger, so sieht es nun aus, wollen unter sich bleiben. Das ist die eine Sichtweise. Die andere ist die banale Feststellung, dass auch im Würmtal die Grenzen des Wachstums längst erreicht sind. Planegg, Gräfelfing oder auch Krailling sind Umlandgemeinden, in denen es sich immer noch sehr gut leben lässt. Der hohe Preis dafür sind – um nur ein Beispiel zu nennen – kaum mehr bezahlbare Mieten.

Planegg hat sich dafür entschieden, in den nächsten 20 Jahren eher eine gemächliche Gemeinde im Münchner Speckgürtel zu bleiben. Trabantenstädte an der Peripherie der Landeshauptstadt München gibt es schon genug.

RAINER RUTZ